

Vergleich im jahrelangen SWAP-Prozess in Linz erzielt

Josef Kleinrath



Im Rechtsstreit zwischen der Stadt Linz und BAWAG wurde ein Vergleich erzielt. Die Stadt werde 12 Mio. Euro zahlen.

Heute, 10:31

2007, kurz vor Ausbruch der Finanzkrise, hat Linz einen Finanzdeal mit der BAWAG abgeschlossen. Es kam, wie es kommen musste, der Deal wurde für die Stadt zu einer verlustreich verlorenen Finanzwette. Allerdings ist die Stadt später gegen die BAWAG vorgegangen - weil der Vertrag wegen des fehlenden Gremialbeschlusses der Stadt nicht rechtswirksam geworden sei.

Das OGH hat der Stadt erst im August recht gegeben, die BAWAG daraufhin die 254 Millionen Euro, die gegen die Stadt Linz aushafteten, abgeschrieben. Allerdings hat die Bank angekündigt, Schadensersatzansprüche gegen die Stadt geltend zu machen. Eingeklagt hatte die BAWAG gegenüber der Stadt Linz einen "Vertrauensschaden" in der Höhe von 417,7 Millionen Euro.

Zahlung von 12. Mio. Euro

Nun wurde der Rechtsstreit mit einem Vergleich beigelegt, wie Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) laut APA bestätigte. Die Einigung sieht vor, dass die Stadt 12 Mio. Euro zahlen werde. Es brauche noch einen Gemeinderatsbeschluss seitens der Stadt und auch die BAWAG müsse noch ihre Gremien befassen, sagte Luger. Doch dann könne es vor dem Handelsgericht Wien zur offiziellen Streitbeilegung kommen.

Das Zwischenurteil, wonach der Vertrag rechtsunwirksam zustande gekommen sei, da keine aufsichtsbehördliche Genehmigung vorlag, sei bereits vor einigen Monaten vom OGH bestätigt worden, so Luger.

Um den elf Jahren dauernden Streit zu beenden, sei es gelungen, eine Beendigung aller Verfahren zu erzielen - sofern die Gremien zustimmen. Acht Millionen Euro muss die Stadt noch heuer, bis Ende Februar, bezahlen, die restlichen vier bis 31. Jänner 2024. Die eigenen Verfahrenskosten tragen beide Parteien selbst. Beide Parteien verzichten wechselseitig auf alle weiteren Ansprüche.